

Neues Zeitungs

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrg. 217 Nr. 161/226

Bezugspreis:

monatlich 3.00 Geldwert, — Belegungen nehmen Anstalt entgegen, — höherer Dienst mit/ohne den Betrag von 50 Pfennigen, —

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die Spaltenzeile 24 mal breiter als Spaltenhöhe 10 Pfennig, kleine Anzeigen: 5 Pfennig, Familien-Anzeigen: 4 Pfennig, Stellenanzeigen: 3 Pfennig, Die 3 Spalten 30 mal breiter als Spaltenhöhe 60 Pfennig, Anzeigen nach Art, — Einrückungen: 50 Pfennig, —

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610, — Postfachkonto Leipzig 20 512.

Mittwoch, 24. September 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30, Fernamt Amt Kurier Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung, — Verlag: Druck von Otto Giese, Halle-Saale

Ein deutsches Memorandum in der Völkerbundsfrage

Die Kabinettsbeschlüsse

Das amtliche Communiqué

Berlin, 23. September.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerial-Komitee abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Eintritts Deutschlands zum Völkerbund ergab sich im Hinblick auf die Frage der Beitreibung der allseitigen Zustimmung Deutschlands in den Völkerbund folgende Beschlüsse:

Die erste Aufgabe bei der Erörterung war, daß die vom Völkerbund beabsichtigten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saar-Gebiets, die Frage der allgemeinen Erklärung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle, sowie die ihrer Lösung harrenden großen Fragen der Sicherung friedlicher Zusammenarbeit seitens der Völker, nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Zustimmung nur bei einer gleichberechtigten Hauptmacht sein.

Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entscheidung der Reichsregierung. Die Ausführung dieser Entscheidung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbund vertretenen Mächten abschließen lassen, so die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf den vollständigen Beitritt zum Völkerbund, wie auf bestimmte andere hiermit unterbreitete zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleisten wird.

Deutschlands Bedingungen und Voraussetzungen

Berlin, 23. September.

Der Beschluß des Kabinetts in seiner heutigen Dienstbesprechung und die darüber ausgeübte amtliche Mitteilung über die Stellungnahme Deutschlands zum Völkerbund hinsichtlich der Bedingungen, die es, wie es scheint, beabsichtigt, an die erfolgreiche Etablierung, die, wie bekannt, unbedingte Bedingung für die Beitreibung der allseitigen Zustimmung zu dem Völkerbund ist, sind im Hinblick auf die deutschen Voraussetzungen in Form einer Denkschrift, die eine eingehende Begründung enthält, den beteiligten Mächten überreicht und sie aufzufordern, eine klare Stellungnahme dazu einzunehmen. Das Hauptziel dieser Denkschrift werden die folgenden Punkte sein:

1. Einräumung eines Sitzes im Völkerbundrat;
2. Häufige Vertretung im Sekretariat des Völkerbundes;
3. Nichtbeteiligung Deutschlands an einer Völkerbundsversammlung, die ohne die deutsche Beteiligung abgehalten wird;
4. Einwandfreie Durchführung der deutschen Pflichten im Völkerbund.

Was den letzten Punkt anbelangt, so hängt er eng mit der Frage der Ausführung des Kriegsschuldwiderstands zusammen, die im Kabinettsrat auch eingehend betrachtet wurde und die schon in kurzer Zeit, sobald sich der geeignete, heute schon in Betracht gebrachte Anlaß darbietet, erledigt werden soll. Die deutsche Denkschrift wird sich aber nicht nur auf die Forderung der allseitigen Zustimmung zum Völkerbund beschränken, sondern darüber hinaus, wenn wir nicht irren, die Frage der Befriedigung der deutschen Forderungen für eine Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Völkerbundmitgliedern geben, über die in vorberührenten Besprechungen eine Anerkennung des deutschen Standpunktes geboten erscheint. Ein erster Schritt dabei die Frage einer befristeten Zustimmung der Völker, denn das bedeutet ein vollständiges Einverständnis, wenn Deutschland, obwohl es gleichberechtigt im Völkerbund aufgenommen werde, noch länger unter einer Sonderbehandlung und vertraglichen Beziehungen zu stehen hätte. Das weitere wird die Frage der internationalen Verantwortlichkeiten betreffen, eine Frage, die im Friedensvertrag offenbar mit Rücksicht auf einen eventuellen späteren Eintritt Deutschlands in den Völkerbund offen gelassen worden ist. Im Hinblick auf die Fragen eingehend angefaßten werden, die in den amtlichen Mitteilungen über den Kabinettsrat berichtet worden sind, in denen es heißt, daß die im Völkerbund beabsichtigten Fragen, insbesondere die Regelung der Nachrückung des Saargebietes und die Frage der allgemeinen Erklärung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Es sei denn die deutsche Denkschrift, der mit allen Mitteln wirtschaftlicher und militärischer Natur die gegenseitige Verpflichtung zum gegenseitigen Schutze übernimmt. Wohl gibt es im Völkerbundsvertrag eine Bestimmung, die eine von Fall zu Fall vorzunehmende Prüfung der bestehenden Verträge vorschreibt. Doch die Ausfüllung auf diese Weise derartige Ansprüche geltend zu machen, ist außerordentlich gering. In den Entente-Staaten ist man sich der Bedeutung des Genfer Protokolls sehr wohl bewußt. Die Vertreter Preßes und die Presse der kleinen Entente-Staaten sind sich der Bedeutung der kleinen Entente-Staaten wohl bewußt, die Maßnahmen, Polen und Gebiete schon in dem Protokoll das eingipfelte und feste Mittel, die Gebiete und ihre Souveränität vor feindlichen Angriffen zu sichern.

Es scheint, daß unter dem Druck der außenpolitischen Lage das Problem einer Regierungsbündnisbildung in der Kabinettsregierung offiziell wenigstens nicht zur Sprache gekommen ist. Man ist offenbar in Regierungsreisen nach der Auffassung, daß erst das Ergebnis der diplomatischen Vertretungen abgewartet werden soll, die entscheidenden Besprechungen in Gang kommen können. Andererseits ist festzustellen, daß auf diplomatischer Seite der Beschluß des Kabinetts eine gewisse Befriedigung ausgedrückt hat, die noch dadurch verneint werden dürfte, wenn erst der Inhalt des neuen deutschen Schrittes bei den Völkerbundmitgliedern zur Kenntnis einer weiteren Öffentlichkeit gelangt ist und in der Frage der Vollziehung des Kriegsschuldwiderstands eine endgültige Lösung erzielt ist. Die Auslösung auf ein Zustandekommen eines internationalen Abkommens ist ein sehr schweres, wenn auch noch nicht überhebliches Problem, welche Schwierigkeiten sich in den Verhandlungen ergeben und wieviel sich die hemmungslose Agitation des Völkerbundes auf die Hälfte des Betrages auswirkt.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes

Berlin, 23. September.

In einem Artikel „Die Militärkontrolle des Völkerbundes“ wird der „Nationalen Zeitung“ aus Genf u. a. geschrieben: „Unter verschiedenen Titeln hat man für Deutschland und auch andere besetzte Staaten in der Militärkommission des Völkerbundes, durch die militärischen Sachverständigen der 10 Nationen ein fein ausgearbeitetes Programm für die Militärkontrolle ausgearbeitet. Man hat sich die größte Mühe gegeben, dieses Programm geheim zu halten, um die Ratsschritte hierüber erst nach dem Eintreffen eines deutschen Aufnahmefeldes im Völkerbund zu veröffentlichen. Man hat aber doch einzelne Tatsachen in die Öffentlichkeit gelangen lassen. Man weiß jetzt, daß die Kontrolle des Völkerbundes nach diesem Plan im Grunde wieder nichts weiter als eine Kontrolle der Verbandsmächte ist. Man hätte erwarten können, daß der Rat selbst die Kontrolle ausüben sollte, was immerhin gegenüber der reinen militärischen Kontrolle ein Fortschritt gewesen wäre. Man hatte andererseits angenommen, daß der Völkerbund sich dabei entweder eines neutralen Organs oder einer Institution in der Art der sogenannten gemischten temporären Prüfungskommission des Völkerbundes bedienen würde, in der auch Nichtverlierer sitzen. Die Militärkontrolle des Völkerbundes ist aber über die Befürchtungen der anderen noch weit hinausgegangen. Es werden Untersuchungskommissionen geschaffen, in denen alle Kriegsgeneräle Deutschlands die Oberhand und Führung erhalten wird. Nachdem man in Genf alles mögliches und unmögliches Privatbesprechungen erörtert hatte, Deutschland mußte nun schnell in den Völkerbund hinein, weil es dann in der Militärkontrolle mitarbeiten müßte, erfuhr man, daß dafür Sorge getragen worden ist, Deutschland, auch wenn es einmal im Völkerbund einen ständigen Sitz hat, von den für uns wichtigsten Maßnahmen bauernd ausgeschlossen zu werden. Die Befugnisse eines Ratsschrittes für die Kontrollmaßnahmen sollen dem deutschen Mitglied entzogen werden. Nach allem zeigt die Bestimmung, daß der in erster Linie entscheidende Dreier-Kommission, der die besonderen Einzeluntersuchungen obliegen, mindestens einer der Führer aus den Kriegsgenerälen Deutschlands angehören soll. Nicht ist natürlich den Arbeitern dieses Landes anzuerkennen, als eine vorsichtige Erörterung dieser Frage. Aber dieser Vorschlag wird an der Überfälligkeit der Mitteilungen über die Kontrollkontrolle nicht ändern können. Der Herrschaft ist die Kommission, die dem Völkerbund in der Militärkontrolle zugeordnet werden, sich auf jeden Fall nicht geeignet, die Beitrittsfreiheit zu erhöhen.“

Der Sinn des Genfer Garantiepaktes

Genf, 23. September.

Da Deutschland sich vielfach die Auffassung verbreitet, daß man sich um die Vorzüge im Völkerbund nicht zu kümmern brauche, da die Völkerbund doch nichts angingen. Nichts aber ist falscher als die Annahme, daß man in Genf sich an inhaltlosen Reden betrauen. Die Vorzüge der letzten Tage beruhen auf dem Völkerbund, die dem Völkerbund in der Militärkontrolle nicht geringeres, als daß sich die vier verarmten Staaten für unbeherrschbar durch ein vollständiges System zu garantieren lassen. Das ist der tiefere Sinn des Sicherheits- und Vertragspaktes, den man in der Genf ein Friedensvertrag haben möchte. Ein Zustand, der berechtigt werden, der in dem Verfallener Vertrag seinen ersten Ausdruck hat. Ein Genf wird deshalb ein Vertrag

gehoffen, der mit allen Mitteln wirtschaftlicher und militärischer Natur die gegenseitige Verpflichtung zum gegenseitigen Schutze übernimmt. Wohl gibt es im Völkerbundsvertrag eine Bestimmung, die eine von Fall zu Fall vorzunehmende Prüfung der bestehenden Verträge vorschreibt. Doch die Ausfüllung auf diese Weise derartige Ansprüche geltend zu machen, ist außerordentlich gering. In den Entente-Staaten ist man sich der Bedeutung des Genfer Protokolls sehr wohl bewußt. Die Vertreter Preßes und die Presse der kleinen Entente-Staaten sind sich der Bedeutung der kleinen Entente-Staaten wohl bewußt, die Maßnahmen, Polen und Gebiete schon in dem Protokoll das eingipfelte und feste Mittel, die Gebiete und ihre Souveränität vor feindlichen Angriffen zu sichern.

Frankreich und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Paris, 23. September.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Alle Bestrebungen innerhalb der letzten 24 Stunden verdrängen sich um die Feststellung, daß der Eintritt Deutschlands letzten Endes von der Haltung der französischen Regierung abhängt. In einer Genfer Mitteilung des „Figaro“ wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Denkschrift eine gewisse Unterstützung der französischen Regierung durch die englische Regierung enthält. Eine Antwort der französischen Regierung wurde bis jetzt nicht in Genf erwartet. Es nach einem Ausfall werde die deutsche Regierung entsprechende Beschlüsse fassen. Die Nachricht wird in dieser Form von maßgebender französischer Seite kritisch aufgefaßt, als wenn die deutsche Denkschrift eine Unterstützung der französischen Regierung durch die englische Regierung enthält. Eine Antwort der französischen Regierung wurde bis jetzt nicht in Genf erwartet. Es nach einem Ausfall werde die deutsche Regierung entsprechende Beschlüsse fassen. Die Nachricht wird in dieser Form von maßgebender französischer Seite kritisch aufgefaßt, als wenn die deutsche Denkschrift eine Unterstützung der französischen Regierung durch die englische Regierung enthält.

Die Eröffnung des Bankiertages in Cleveland

New-York, 23. September.

In Cleveland wurde der Bankiertag mit rund 1500 Teilnehmern eröffnet. Große Aufmerksamkeit bezieht die Tatsache, daß die deutsche Frage und die Frage der internationalen Schuldensumme mit einem Wort erwähnt wurden. Ein Sprecher Coolidges erklärte, der amerikanische Staat werde bei den gegenwärtigen und zukünftigen Verhältnissen ein immer wichtiger Faktor der gesamten Weltwirtschaft sein. Er werde bei der Eröffnung des Bankiertages die amerikanische Frage in den Vordergrund stellen und die amerikanische Frage in den Vordergrund stellen und die amerikanische Frage in den Vordergrund stellen.

Die Verhandlungen des Ruhr-Verhandlungsgesichtes

Berlin, 23. September.

(Eigener Drahtbericht) Die dem „Deutschen Volksdienst“ aus dem Ruhrgebiet mitgeteilte Nachricht, daß die Verhandlungen des Ruhr-Verhandlungsgesichtes mit dem britischen Kräfte zerfallen, weil eine Anzahl deutscher Großbanken eine Opposition von 3 Prozent forderten, die amerikanische Gruppen verlangen für die Rückzahlung von 8 Prozent, so daß die deutschen Banken für ihr Büro genau die Hälfte dessen forderten, was die Gelehrten als Verzinsung für den Völkerbund ansetzten.

